

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon-Nr. 2021
Verlag: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon-Nr. 2021

Druck u. Verlag: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon-Nr. 2021
Verlag: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon-Nr. 2021

Druck u. Verlag: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon-Nr. 2021
Verlag: Nachrichten Dresden
Bismarckstr. 10
Telefon-Nr. 2021

Die Japaner stellen ihren Vormarsch ein

Nach der Eroberung der Wufung-Forts

Schanghai, 3. März. Der Oberbefehlshaber der japanischen Seestreitkräfte vor Schanghai, Admiral Nomura, erklärte, das Ziel der Japaner sei erreicht; er befahl infolgedessen die Einstellung der Feindseligkeiten um 2 Uhr nachmittags (7 Uhr früh MES.). Der Oberbefehlshaber der japanischen Landtruppen ordnete ebenfalls die Einstellung der Operationen um 2.30 Uhr nachmittags an. Die Japaner stehen auf der Linie Linho, Tsifang, Nassang, Tscheta.

Wie die Wufung-Forts fielen

Schanghai, 3. März. Wie das japanische Hauptquartier amtlich mitteilt, haben die japanischen Truppen am Donnerstagvormittag 8 Uhr Ortszeit nach heftigem Artilleriefeuer die Wufung-Forts erobert. Der Befehlshaber der Wufung-Forts und der im Fort Wufung lebenden chinesischen Truppen hatte sich ergeben, den Rückzugsbefehl des Generals Tsai durchzuführen.

Die chinesischen Truppen um die Wufung-Forts wurden von den japanischen Truppen vollkommen abgetrieben, waren aber am Mittwochabend noch im Besitz des Dorfes Wufung. Verschiedene Berläufe der Japaner, den Kanal zu überqueren und das Fort zu besetzen, wurden von den Chinesen erfolgreich abgewiesen. Am Mittwochabend erzählten dann die japanischen Kriegsschiffe eine neue heftige Beschleßung der Forts.

Explosionen auf japanischen Kriegsschiffen

Schanghai, 3. März. Wie das japanische Oberkommando mitteilt, haben sich am Mittwoch auf zwei japanischen Kriegsschiffen geheimnisvolle Explosionen ereignet. Auf dem Panzerkreuzer „Dajuma“ wurden dabei zwei Geschütze und auf einem Zerstörer ein Geschütz vernichtet. Zwei Matrosen wurden getötet und neun verletzt. Vom Oberkommando wird die Ursache der Explosionen auf die Tätigkeit chinesischer Geheimverbände zurückgeführt, die versucht hätten, Minen unter die japanischen Kriegsschiffe zu legen. Wenn an den Vorgängen angeblich beteiligte Chinesen wurden verhaftet.

Die Kosten der Schanghaiser Operationen

Tokio, 3. März. Ein kaiserlicher Erlass, der 16 Millionen Yen für militärische Operationen bei Schanghai zur Verfügung stellt, wurde heute vom Geheimen Staatsrat genehmigt. Die Summe dürfte bis zum 17. März ausreichen. Wahrscheinlich wird das Parlament zum 15. März für eine Sonderkreditlinie einberufen werden, um die bisherigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen und gegebenenfalls weitere Gelder zu bewilligen.

Japanes Waffenstillstandsbedingungen

Schanghai, 3. März. Die Bedingungen des japanischen Oberkommandos für eine Waffenruhe, die gestern abend durch Vermittlungen des britischen Gesandten der chinesischen Regierung übergeben worden sind,

unterscheiden sich erheblich von den Bedingungen, die am letzten Sonntag an Bord des britischen Kreuzers „Kent“ provisorisch vereinbart worden waren.

Die lauten: Wenn China der Rückablieferung seiner Truppen über die 100-Kilometer-Zone hinaus zustimmt, ist Japan bereit, der Einstellung der Feindseligkeiten für eine bestimmte Zeit zuzustimmen, während der die Einzelheiten einer endgültigen Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den

beiderseitigen Militärstellen festgelegt werden würden. Japan fordert, daß während der Einstellung der Feindseligkeiten eine Konferenz am „Runden Tisch“ zwischen den Chinesen und Japanern abgehalten wird, an der Vertreter neutraler Mächte teilnehmen sollen. Diese Konferenz soll über die Methode entscheiden, nach der beide Seiten ihre Truppen zurückziehen werden, und nach der der Status quo in und um Schanghai wieder hergestellt werden soll. Japan fordert, daß die

chinesischen Truppen zuerst zurückgehen. Wenn dies geschehen ist, werden die japanischen Streitkräfte sich nach den Bezirken von Schanghai und Wufung zurückziehen. Sobald normale Bedingungen bestehen, wird die japanische Armee auch aus diesen Bezirken zurückgezogen werden. Japan erklärt, daß im Falle der Verletzung dieser Bedingungen durch eine der Parteien die andere Partei ihre volle Handlungsfreiheit zurückgewinnt.

In diesen japanischen Bedingungen wird von einer klaren Seite erklärt, eine Zustimmung zu den Forderungen würde China auf Gnade und Ungnade preisgeben. Die Stimmung ist pessimistisch.

Tardieu propagiert die Donauefföderation

Sollunion zwischen Oesterreich, Ungarn und der Kleinen Entente?

Berlin, 3. März. Aus Paris kommen erneut höchst beunruhigende Meldungen über die Pläne, die der französische Ministerpräsident Tardieu mit dem Donaubund beabsichtigt. Tardieu hat in seiner gestrigen Erklärung über die 600-Millionen-Ausleihe an die Tschchoslowakei, die er in der Finanzkommission der Kammer abgab, auch die Frage der Donauefföderation berührt.

Es heißt nämlich, daß Tardieu in Gestalt sämtlicher Vertreter der an einer Donauefföderation interessierten Staaten Versprechungen über die Zukunft am Donauraum gemacht hat.

Er hat, angeblich auch im Namen Englands und Italiens, den Vertretern von Oesterreich, Ungarn und der Kleinen Entente den Abschluß einer Union „empfohlen“. Man ist indessen, was Italien anbetrifft, zu der Annahme berechtigt, daß es bei den Erklärungen des Ministerpräsidenten sich mehr um Hoffnungen gehandelt hat, denen er Ausdruck gab. Für die Annahme, daß diese Hoffnungen heute schon festliegen, dürften nach einer Pariser Meldung der „T.M.“ keine Anhaltspunkte vorliegen. Indessen ist festzustellen, daß am gleichen Tage, an dem Tardieu vor der Finanzkommission der Kammer erschien, sowohl aus Budapest wie aus Prag Meldungen eintrafen, die den Abschluß eines tschechisch-ungarischen Handelsvertrags als unmittelbar bevorstehend erklärten.

Deutsche Antwort auf den Appell Oesterreichs

Wien, 3. März. Bundeskanzler Dr. Buresch hat am 16. Februar, wie erinnerlich, an die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens den Appell gerichtet, Oesterreich bei seinen Bemühungen zur Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der deutsche Gesandte, Dr. Krich, hat daraufhin heute dem Bundeskanzler im Auftrag der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung hat von der Erklärung, wonach die österreichische Regierung bereit ist, mit den benachbarten

Reiskontoverlängerung abgeschlossen

Basel, 3. März. Die Verlängerung des 100-Millionen-Dollarkredits der Deutschen Reichsbank bis zum 4. Juni ist nunmehr abgeschlossen. Sie erfolgt, wie bereits gemeldet, auf der Grundlage einer Rückzahlung von 10 v. H. innerhalb dieser dreimonatigen Frist.

Eine Verlängerung der endgültigen Verlängerung liegt bei der Reichsbank in Berlin noch nicht vor. Sie ist jedoch nach Lage der Dinge in den nächsten 24 Stunden zu erwarten.

100 000 Beamte suchen Lindberghs Sohn

Newport, 3. März. Die Suche nach dem Rinde Lindberghs wirdieberfort fortgesetzt. Rund 100 000 Beamte sind an den Nachforschungen beteiligt. In allen 48 Staaten, selbst im Golf von Mexiko und Kanada, wird unter Aufsichtnahme von Flugzeugen und Schiffen nach dem geraubten Rinde gesucht. Das Ereignis wird in allen Zeitungen der Vereinigten Staaten in ungewohnter Ausmaßung wiedergegeben. Die „New York Times“ und die „New York Herald Tribune“ widmen den Vorgängen nicht weniger als vier volle Seiten. Die Pariser aller Konfessionen ersteben in Gebeten, die durch Rundfunk wiedergegeben wurden, die Auffindung des Kindes.

Zusammentritt der Völkerbundsversammlung

Genf, 3. März. Die auf Antrag Chinas einberufene außerordentliche Völkerbundsversammlung in Genf ist heute vormittag 11 Uhr vom amtierenden Ratspräsidenten Paul Boncour eröffnet worden.

Die Versammlung wählte mit 45 von 47 Stimmen den belgischen Außenminister Dymans zum Präsidenten. Dymans war bereits Präsident der ersten Völkerbundsversammlung im Jahre 1920.

Nach Einlesung des Anschlusses zur Prüfung der Vollmachten sprach Paul Boncour in mehr als einstündiger Rede über

das bisherige Verfahren im Völkerbundsrat.

Er erwähnte einleitend, daß es sich um die zweite außerordentliche Völkerbundsversammlung handele. Die erste sei erklärt gewesen von der Inverehrheit, auf den Eintritt eines europäischen Großraates. Es seien damals Schwierigkeiten aufgetreten; aber schließlich sei die Arbeit dieses Rates doch für den Völkerbund gesichert worden, eine Mitarbeit, die deshalb besonders wertvoll sei, weil nur auf dem Boden des internationalen Rechts und

unter der Regide des Völkerbundes die großen Konflikte gelöst werden könnten. Nach dieser Anspielung auf die Rolle Deutschlands im Völkerbund erklärte Paul Boncour sehr ausführlich, wenn auch mit Uebergewicht gewisser heftiger Umstände, die Entwicklung des völkerrechtlichen Konfliktes und des Verfahrens im Völkerbund. Er nahm indirekt

lehr entschieden gegen Japan Stellung.

Indem er von der Notwendigkeit der Anwendung der Vertragsunter voller Berücksichtigung der besonderen Umstände, von Mangel an internationalem Geist, von Misslingen zwischen dem Appell des Völkerbundes und dem Vörm der Waffen und schließlich von Erklärungen sprach, die durch die Tatsachen dementiert worden seien. Paul Boncour ging dann auf die in Schanghai im Gang befindliche Vermittlungsaktion ein. Die Umstände für eine Beendigung des Streits seien als aktuell anzusehen. Er schloß mit einem Appell an die Völkerbundsversammlung und wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt mit großer Spannung auf die Bundeversammlung

und allen anderen Staaten in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten, und auf das wirtschaftliche und finanzielle Entgegenkommen der anderen Staaten rechnen, um über die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise hinwegzukommen, mit allem Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Oesterreichs und mit aller Hilfsbereitschaft Kenntnis genommen.

Daß die Hilfsbereitschaft Deutschlands in der Vergangenheit nicht immer im gewünschten Umfang sich hat auswirken können, lag neben anderen Erwägungen vor allem auch in den Auswirkungen des Weltwirtschaftskrisensystems begründet. Wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees und des Völkerbundsrates und die Mitwirkung der anderen Staaten die Möglichkeit eröffnet, Oesterreich Zugangsbüffe für seine Ausfuhr, unabhängig von den Folgen der Weltwirtschaftskrise, zu machen, so ist Deutschland dazu bereit. Die deutsche Regierung ist zur Annahme abschließender Verhandlungen über die Art und den Umfang solcher Zugangsbüffe bereit.

Zur Einstellung des Vierstreiks

Berlin, 3. März. Wie zu dem Beschluß des Ortsausschusses des Gastwirteverbandes (Vokal-Kommission), den Vierstreik ab Donnerstag früh einzustellen, von der Vokal-Kommission mitgeteilt wird, ist der Beschluß zustande gekommen, nachdem durch Vermittlung der Handelskammer von Regierungsseite bestimmte Zusagen

gegeben worden sind. Danach wird in Verhandlungen, die heute um 12 Uhr aufgenommen werden sollen, nicht nur der Frage der Vierstreik, sondern auch den übrigen Forderungen der Gastwirte bezüglich des Schankstättengesetzes und des Rahmengesetzes zum Ausbarkeitssteuergesetz nähergetreten werden. — Vom Ortsausschuss des Gastwirteverbandes wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß es sich lediglich um eine Unterbrechung des Vierstreiks, also lediglich um einen Waffenstillstand, handelt. Sollten die Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, so würde der Vierstreik sofort wieder aufgenommen, und zwar wäre dann mit einer Ausdehnung der Streikbewegung auch auf das Reich zu rechnen, da fortgesetzt telegraphisch und brieflich Zustimmungserklärungen befreundeter Vereinigungen aus allen Landesteilen einfließen.

Die Nachricht von dem Beschluß der Berliner Vokal-Kommission, den Vierstreik abzubrechen, verbreitete sich bereits unter den Berliner Gastwirten in der vergangenen Nacht, und die Branerereien hatten einen

Ansturm für sofortige Wahlkreislieferungen

zu verzeichnen. Praktisch war der Vierstreik schon am gestrigen Mittwochabend sehr durchlöchert, weil von den großen Vokalen ein nach dem anderen, ohne die Beschlässe der Organisation abzuwarten, den Bierauschank wieder aufgenommen hatte.

Keine Gehaltszahlungen mehr in Selbst

Berlin, 3. März. Nach einer Meldung des „Vol. Anz.“ hat die als Grenzstadt gegen die Tschechien wichtige, 15 000 Einwohner zählende oberfränkische Industriestadt Selb offiziell die Gehaltszahlungen einstellen müssen. Die Stadt, die durch die außerordentliche Anspannung ihrer Mittel für die Erwerbslosenunterstützung in größte finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, hat die Entscheidung treffen müssen, entweder die Unterhaltungen zu sperren oder die Auszahlung der Beamtengehälter zu unterlassen. Man hat vorläufig den zweiten Weg gewählt.